

V1-Ä1/V2-Ä1 Wissenschaftsbasierte Positionierung zur EU-Gentechnikregulierung: Chancen, Risiken und Folgen aller Züchtungstechniken gleichberechtigt prüfen – Wahlfreiheit sichern!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.04.2024
Tagesordnungspunkt: 7. Aktuelle Debatte/Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern setzt sich mit
2 seinen Gremien für ein Zulassungsverfahren unabhängig von der Züchtungsmethode
3 ein. Im Zulassungsverfahren müssen Chancen-, Risiken und Folgen geprüft werden.
4 Insbesondere braucht es eine Betrachtung der ökologischen Auswirkungen, zum
5 Beispiel über ein Umweltmonitoring.

6 Wir unterstützen die Bestrebungen der EU-Kommission und des Europäischen
7 Parlaments für eine evidenzbasierte Regulierung von Pflanzen, die mithilfe neuer
8 genomischer Techniken gezüchtet wurden, sind uns folgende Aspekte wichtig:

9 1. Vorsorgeprinzip

10 Das Vorsorgeprinzip ist für uns ein wichtiger Maßstab bei der Bewertung von
11 neuen Technologien. Es fordert in der europäischen Definition von 2000 eine
12 möglichst umfassende wissenschaftliche Bewertung und dabei auch eine Ermittlung
13 des Ausmaßes der wissenschaftlichen Unsicherheit. Die nationale, europäische und
14 internationale Wissenschaft ist eindeutig: Entscheidend für die Betrachtung der
15 Risiken ist der Organismus und nicht sein Herstellungsprozess.

16 2 Koexistenz und Wahlfreiheit

17 Der aktuelle Entwurf des Europäischen Parlamentes fordert Bestimmungen für eine
18 nachhaltige und transparente Landwirtschaft und soll Betrieben ermöglichen, die
19 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun zu können.

20 Um Koexistenz und Wahlfreiheit zu sichern, fordern wir insbesondere:

- 21 1. die Beibehaltung geltender Haftungs- und Abstandsregeln zwischen NTG1-
22 Pflanzen und Gentechnikfreier Landwirtschaft analog zu den geltenden
23 Regelungen zwischen GVO-Landwirtschaft und Gentechnikfreier
24 Landwirtschaft;
- 25 2. die Möglichkeit zu erhalten, dass sich bestimmte Zonen als Gentechnik frei
26 erklären;
- 27 3. eine aussagekräftige Kennzeichnungspflicht vom Saatgut bis zum Endprodukt,
28 d.h. dem Lebens- bzw. Futtermittel.

29 3. Patentfrage

30 Wir fordern ein Patentverbot für sogenannte naturidentische Pflanzenzüchtungen,
31 kurz NGT1. Das ist auch Position des EU-Parlamentes.

32 Die Verfügbarkeit von Saatgut muss für alle gesichert sein, um die biologische
33 Vielfalt zu erhalten. Der Vorschlag der EU-Kommission darf dahinter nicht
34 zurückbleiben.

35 4. Forschung

36 Im Zuge der Klimafolgenanpassung müssen die Erforschung und Entwicklung
37 agrarökologischer Systeme und Anbaumethoden, sowie ihre regionale Anpassung und
38 Umsetzung im Kampf gegen Klimawandel, Krankheiten, Trockenheit, Vernässung oder
39 Versalzung forciert werden. Auch Mecklenburg-Vorpommern trägt dabei die
40 Verantwortung, die Landesforschung auskömmlich zu finanzieren, sodass auch eine
41 Beteiligung an bundesweiten Forschungsprojekten möglich ist.

42 Die Erhaltung, Verbesserung und Zugänglichkeit von vielfältigem Saatgut muss
43 durch mehr staatliche Forschung und Förderung von robusten, standort- und
44 klimaangepassten Sorten langfristig gesichert werden.

45 Unser Ziel bleibt, dass nachhaltige Innovationen in der europäischen
46 Landwirtschaft ermöglicht werden. Insbesondere über öffentlich finanzierte
47 Forschung werden wir die Chancen und Risiken neuer Pflanzensorten für eine
48 nachhaltige Landwirtschaft unabhängig von ihrer Züchtungsmethode untersuchen.
49 Entsprechend braucht es auch eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung.
50 Die gleichberechtigte Erforschung aller Züchtungsmethoden bietet Chancen für
51 eine deutlich schnellere Entwicklung resilienter, klimaangepasster Sorten und
52 höhere Erträge.

Begründung

erfolgt mündlich.

Hinweis: Der Änderungsantrag ist jeweils eine Globalalternative zu den Anträgen V1 und V2.